

PIOTR MADAJCZYK

ANNÄHERUNG DURCH VERGEBUNG

Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt
vom 18. November 1965

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte der Botschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 und dem innenpolitischen Streit, der sich darüber entspann. Dabei bleibt natürlich wenig Raum, die politische Lage Polens in den sechziger Jahren ausführlich zu beschreiben. Nur auf einige wichtige Elemente, oder besser auf einige noch nicht hinreichend geklärte Sachverhalte der damaligen innenpolitischen Situation soll hingewiesen werden, die für das Verständnis der Entstehungsgeschichte und des Verlaufs des Streits um die Botschaft unerlässlich sind. Zum einen ist nicht klar, welche Rolle der Primas der katholischen Kirche Polens, Stefan Wyszyński, damals in der polnischen Gesellschaft spielte. Diese Frage wurde bis jetzt noch nicht wissenschaftlich erforscht. Andrzej Micewski, ein polnischer Historiker und Politiker, und Peter Raina, ein Historiker der Freien Universität Berlin, sehen im Primas einen „Staatsmann“, der dem polnischen Volk diente¹. Unter dem Begriff „Staatsmann“ versteht man normalerweise einen hervorragenden Politiker, in der Interpretation der beiden genannten Autoren geht es aber wohl eher um eine Person, die stark im politischen Leben engagiert, aber kein Politiker war. Deshalb fehlt auch die Antwort auf die Frage, über welchen politischen Einfluß der Primas tatsächlich verfügte und wie weit seine Tätigkeit de facto politischen Charakter trug.

Offen ist zum anderen die Frage nach der Rolle der Kirche in der Ära Gomułka. Die Kirche hatte sicherlich entscheidenden Einfluß auf die Weltanschauung der Mehrheit der Bevölkerung; richtig ist aber auch, daß – wie Krzysztof Wolicki schrieb – „der Puls des religiösen Lebens“ zwar stark war, daß dieses „Leben (. . .) aber wie abseits der Hauptströmungen des öffentlichen Lebens lief, nicht nur des offiziellen“². Dazu bestand, wie immer in der Geschichte der Kirche, eine Diskrepanz zwischen der Kirche als Glaubensgemeinschaft und als mächtige Organisation der politischen Interessenswahrung. Diese Problematik bildet ebenso ein Forschungsdesiderat wie die Frage, welche Gefahren die Rolle als einzige Opposition für die Kirche mit sich brachte – die Rolle, in welcher, wie Raina zugespitzt schrieb, jeder Kompromiß einer Häresie ähnel-

¹ Peter Raina, *Kardynał Wyszyński. Prymas Polski*, Bde 1–3, London 1979, 1986, 1988; Andrzej Micewski, *Kardynał Wyszyński. Prymas i maź stanu*, Paris 1982.

² Krzysztof Wolicki, *Przeciw lamentowi i realizmowi na kacu*, Warschau 1989, S. 50.

te³. Diese Fragen sind heute noch nicht zu beantworten, ein Hinweis auf sie kann aber den Hintergrund der damaligen Ereignisse verständlicher machen.

Die dritte offene Frage bezieht sich auf das politische System in Polen. Es ist heute klar, daß in Polen kein totalitäres System herrschte⁴. Gomułka bildete nach seiner Rückkehr an die Macht – wie der polnische Historiker Jerzy Eisler richtig urteilte – ein autoritäres System ohne Führerprinzip, mit starker Zensur und Polizeikontrolle, wobei letzteres mehr präventive Funktionen hatte⁵. Die Partei (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei – PVAP) erhob keinen Anspruch mehr auf aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben. Sie begnügte sich damit, daß die Bürger, also überwiegend die Katholiken, den Staat nicht „störten“. Die Botschaft der polnischen Bischöfe, das sei vorweggenommen, rief nicht zuletzt deshalb so heftige Kritik an der Kirche hervor, weil die Partei darin eine Störung dieses empfindlichen Systems erkannt hatte. Das vierte, ebenfalls noch nicht geklärte Problem besteht schließlich in der Frage der innenpolitischen Instrumentalisierung des Nationalismus. Wichtig ist dabei der Hinweis, daß sich in den sechziger Jahren in der PVAP die nationalistische Gruppe der sogenannten Partisanen mit Mieczysław Moczar (Innenminister von 1964–1968) an der Spitze herausbildete. Der innere Zusammenhalt dieser Gruppe ergab sich aus der maßlos übertriebenen Betonung ihrer Bedeutung im Befreiungskampf im Zweiten Weltkrieg, wobei zu fragen ist, ob diese Gruppe den antideutsch ausgerichteten Nationalismus nicht für den innenpolitischen Machtkampf mißbrauchte.

Der Nationalismus sorgte aber auch auf der anderen, der kirchlichen Seite für Probleme. Die Kirche stützte sich im Konflikt mit Staat und Partei auf die im Bewußtsein vieler Polen sehr stark ausgeprägten Traditionen und nationalen Stereotypen. Das war ihre Stärke, zugleich kräftigte das aber die nationalistischen und traumatischen Gefühle der polnischen Bevölkerung. Im Endeffekt war so die Frage der Verständigung mit Deutschland für einen großen Teil der polnischen Gesellschaft keine rein außenpolitische Frage.

Die Entstehungsgeschichte der Botschaft der polnischen Bischöfe

Es ist bekannt, daß der Brief der polnischen Bischöfe nur ein Schritt auf dem Weg der deutsch-polnischen Verständigung war. Erwähnenswert sind hier die Predigt Kardinal Julius Döpfners vom 16. Oktober 1960 in der Kirche St. Eduard in Berlin, das Tübinger Memorandum vom 6. November 1961 und die Denkschrift der EKD vom 1. Oktober 1965. Unstrittig ist auch, daß die Idee des Versöhnungsbriefes am stärksten vom Breslauer Erzbischof Bolesław Kominek vertreten wurde, der auch der Verfasser der

³ Raina, *Wyszyński*, Bd. 1, S. 405.

⁴ Vgl. Krystyna Kersten, *Polska diabelska alternatywa*, „*Polityka*“ Nr. 31 vom 4. 8. 1990; A. Walicki, *Czy PRL była państwem totalitarnym*, „*Polityka*“ Nr. 29 vom 21. 7. 1990; Andrzej Micewski, *Bilans czterdziestolecia*, in: Ebenda.

⁵ Jerzy Eisler, *Władysław Gomułka jako wychowawca społeczeństwa*, Referat im Besitz des Verfassers.

Botschaft war; darüber wußten die polnischen Behörden schon in den sechziger Jahren Bescheid⁶. Aufschlußreicher aber erscheint die Frage nach der unterschiedlichen Beurteilung der Initiative durch Kominek und Wyszyński. Hansjakob Stehle stellte Auffassungsunterschiede auf Grund der Äußerungen vom 1. September 1965 anlässlich der Breslauer Sommerfeiern fest. Wyszyński sprach dort mehr über den uralten polnischen Charakter Schlesiens, Kominek über das ganze kulturelle Erbe⁷. Ein solcher Unterschied mußte schon auf Grund von Herkunft und Erziehung bestehen: Kominek war Schlesier und hatte die deutsche Schule besucht, Wyszyński dagegen kannte die Fragen des Grenzlandes nur aus der Theorie. Hinzu kam, daß Kominek schon sehr früh Kontakte zu deutschen Geistlichen aufnahm und von Pfarrer Albertz und Bischof Martin Niemöller besucht wurde – was auch dazu beitragen mochte, daß er sich eine andere Meinung über diese Problematik bildete. Das Gewicht Wyszyńskis in der polnischen Kirche war aber so groß, daß man nicht von einer Rivalität „Kominek – Wyszyński“ sprechen kann. Diese zwei unbestritten führenden Persönlichkeiten des polnischen Episkopats waren zwar nicht miteinander befreundet, respektierten und schätzten einander aber⁸. Die Initiative Komineks mußte nach Lage der Dinge den Segen Wyszyńskis haben; aber welche Rolle Wyszyński bei der Entstehung der Botschaft genau spielte, bleibt unklar⁹.

Bei Wyszyńskis Entschluß, die Idee der Versöhnung mit den Deutschen zu unterstützen, mag ein – bis dato unbekanntes – Ereignis eine wichtige Rolle gespielt haben. 1957 oder 1958 (Wyszyński erinnerte sich nicht mehr genau daran) sprach der Primas von Polen mit Kardinal Julius Döpfner, der ihm die Botschaft überbrachte, daß „den zuständigen Stellen in Westdeutschland sehr daran läge, daß der Primas von Polen folgendes wisse: Die Regierung in Bonn meint, daß ihr Problem nicht die Revision der Grenzen ist, aber die andere Gestaltung der Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen“. Wyszyński war offensichtlich sehr skeptisch, was Kardinal Döpfner aber voller Verständnis akzeptierte¹⁰. Es ist heute nicht mehr möglich festzustellen, ob Döpfner eine offizielle Ermächtigung zu diesem Schritt hatte; es ist aber höchstwahrscheinlich, daß sich hinter dem Begriff „zuständige Stellen“ der deutsche Kanzler verbarg. Vor diesem Hintergrund sah Wyszyński in der schon erwähnten Predigt Döpfners aus dem Jahre 1960 eine offizielle Bestätigung der früheren Äußerungen. Beides zusammen hat ihn vielleicht zu der Meinung gebracht, daß eine polnische Versöh-

⁶ Vgl. Vermerk in: Archiwum Urzędu do Spraw Wyznań (im folgenden: Ud/sW), B. 78/36, Działalność Episkopatu, Orędzie (1965), S. 386–401. Man berief sich dort auf den Aufsatz in „Cahiers Pologne-Allemagne“ (3/1959, 1/1960) eines Suffraganes dieser Kurie.

⁷ Vgl. M. Gehlen, Das publizistische Echo in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auf den Versöhnungsbriefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe am Ende des zweiten Vatikanischen Konzils, Diplomarbeit Universität Münster, 1987, S. 43 f.

⁸ Interview mit dem Sekretär Komineks Z. Seremak.

⁹ Wie bekannt ist, sprach Wyszyński nicht gut deutsch, was von vorneherein seine aktive Rolle begrenzte.

¹⁰ Instytut Prymasowski, Prymas Polski Stefan Kardynał Wyszyński, Kazania i przemówienia, Bd. 22, S. 352, Omówienie najważniejszych dokumentów soborowych, 14. 2. 1966.

nungsinitiative, wie Kominek sie vorschlug, auf deutscher Seite positiv aufgenommen würde.

Warum ist diese Initiative gerade damals erfolgt? Zuerst muß man das Zweite Vatikanische Konzil und das Millennium Polens im Jahre 1966 erwähnen. Die Idee der Botschaft stimmte mit Geist und Buchstaben des Konzils überein, insofern auch die Botschaft nach einem Dialog, nach der Überwindung der Grenzen, nach der Verständigung zwischen den Menschen suchte. Mit der Tausendjahrfeier verband Kominek die Hoffnung, daß dadurch die Autorität des polnischen Staates gestärkt werden könnte; dies wiederum konnte eine Phase der Neuorientierung, des Überdenkens traditioneller Meinungen und Stereotypen einleiten¹¹. Ermunternd wirkten ferner die schon genannten Schritte von deutscher Seite: die Predigt Döpfners, das Tübinger Memorandum und schließlich die EKD-Denkschrift; letztere war um so wichtiger, weil sie zeitlich schon nach den umstrittenen Breslauer Äußerungen Komineks und Wyszyńskis lag.

Der Zusammenhang zwischen der Botschaft und der Breslauer Sommerfeier ist nicht eindeutig. Kominek sagte im Februar 1966 in seiner Predigt im Breslauer Dom, daß die Botschaft „... nicht wider unsere Worte von Allenstein, Stettin, Oppeln und Breslau entstand – wie man das schrieb –, sondern eher wegen dieser Worte“¹². Diese Formulierung konnte aus der gespannten politischen Lage resultieren. Die Breslauer Feier und die Botschaft standen jedenfalls nicht im Gegensatz zueinander. Möglich ist jedoch auch, daß das polnische Episkopat durch eine neue Initiative die Verärgerung in Deutschland mildern wollte, die man bei den Sommerfeiern insbesondere in Breslau in Kauf genommen oder nicht vorhergesehen hatte. Wie immer dem aber gewesen sein mag, dem Kirchenamt zufolge gab das Zusammentreffen der deutschen und polnischen Bischöfe während des Zweiten Vatikanischen Konzils den Ausschlag für eine polnische Initiative¹³; nur Kardinal Lorenz Jaeger stellte fest, daß die Gespräche schon ein Jahr zuvor begonnen hatten¹⁴. Ganz ohne Zweifel trugen das Konzil, die gemeinsamen Gespräche und der gute Kontakt zwischen Kominek und Döpfner in Rom zur Entscheidung des polnischen Episkopats bei. Worüber man sich aber während der Treffen in Rom genau unterhielt, bleibt unklar. Nach Raina, der sich auf die leider nicht allgemein zugänglichen Notizen von Wyszyński („Pro Memoria“) stützen kann, diskutierte man allgemein über „wichtige Fragen“¹⁵, während das Kirchenamt verlautbarte, es sei auch über Einzelheiten gesprochen worden, und man habe folgendes verabredet: 1. Das deutsche Episkopat wird Verständnis für die Einstellung der polnischen Bischöfe bezüglich der Westgebiete Polens zeigen, weil die polnische Kirche einen schwierigen Kampf gegen den Kommunismus führt; 2. das deutsche Episkopat wird die polnischen Bischöfe vor Verleumdungen (vermutlich ging es um Konservatismus

¹¹ Bolesław Kominek, *Chrześcijańskie przebaczenie. Przemówienie wygłoszone w katedrze wrocławskiej 6 lutego 1966*, „Wież“ 1983, Nr. 3, S. 75, 84.

¹² Ebenda, S. 76.

¹³ Wie Anm. 6.

¹⁴ Gehlen, *Echo*, S. 44.

¹⁵ Raina, *Wyszyński*, Bd. 3, S. 86–89.

und Nationalismus) aus dem Westen in Schutz nehmen; 3. das polnische Episkopat wird die Rolle der westdeutschen Kirche als Erneuerungskraft der deutschen Gesellschaft hervorheben¹⁶. Aus welchen Quellen diese Informationen stammten, schrieb das Kirchenamt nicht.

Genauer ist über ein Treffen vom 4. Oktober 1965 in Rom bekannt, zu dem die polnischen Bischöfe ihre deutschen Amtsbrüder (Franz Hengsbach, Otto Spülbeck und Joseph Schröffner) eingeladen hatten. Hengsbach erinnerte sich später an einen herzlichen Empfang und an Gespräche, die eine geistliche Prämisse des Briefes der polnischen Bischöfe waren¹⁷. Nach Stehle wurde dabei der „in deutsch verfaßte Text [der Botschaft] in manchen Abschnitten ‚getestet‘“. Er vermutet, daß die herzliche Stimmung, die bei diesem Treffen herrschte, die Hoffnung der polnischen Seite auf eine offene und positive deutsche Antwort gestärkt habe¹⁸.

Gleichzeitig bereitete Kominek einen Artikel für die Krakauer katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ vor, der die öffentliche Meinung Polens auf den Versöhnungsbrief vorbereiten sollte. „Hoffentlich wird der Artikel nicht zwischen der Scylla und Charybdis der Zensur erdrückt bzw. zerquetscht . . .“, schrieb er am 9. November 1965 aus Rom an Stehle¹⁹. Anlaß zu Hoffnung aber bestand, denn im Mai 1965 war in derselben Wochenzeitung schon ein anderer Artikel erschienen, in dem Kominek über die Notwendigkeit des Dialogs mit den Deutschen geschrieben hatte. Nach dieser Veröffentlichung konnte Kominek sich der halboffiziellen Unterstützung der Behörden sicher²⁰ sein, von wem genau, läßt sich aus der allgemeinen Formulierung nicht erschließen. Ein weiterer Artikel, der am 21. November erscheinen sollte, wurde jedoch von der Zensur „erdrückt“²¹.

Dieser Artikel war ein großes Plädoyer für „Dialog anstatt Polemik“. In der deutschen Version – in den Materialien befindet sich ein auf deutsch verfaßter sehr ähnlicher Text – schrieb Kominek: „Daraus folgt, daß der Dialog als soziales Grundgesetz einfach unabwendbar erscheint und zwar auf allen sozialen Ebenen. Der Dialog nicht die Polemik, also auch der Dialog zwischen Deutschland und Polen.“ In der polnischen Version schrieb er über die Gefahren, die sich mit der Polemik verbinden, über Ärger, Streit und Feindlichkeit. Er betonte die Notwendigkeit des Dialogs, der in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht möglich gewesen war, und unterstrich die Verbindung mit der christlichen Moral: „Die erste große Botschaft von Papst Paul VI. hat die Notwendigkeit eines allgemeinen Dialogs in der heutigen Menschheit Urbi et Orbi verkündet, hat ihn theologisch zu begründen versucht und

¹⁶ Wie Anm. 6.

¹⁷ „Die Zeit“, Nr. 1 vom 2. 1. 1966.

¹⁸ Hansjakob Stehle, Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze, in: Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 160.

¹⁹ Ebenda, S. 159.

²⁰ Kominek, Chrześcijańskie, S. 77 f.

²¹ Sygnały Głównego Urzędu Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk, Warschau 17. 11. 1965, in: Ud/sW; hierin befinden sich der Text des Artikels und ein auf deutsch verfaßter Text „Dialog Deutschland-Polen? Gedanken und Vorschläge“, die sehr ähnlich sind.

ihn sozusagen als elementaren Bestandteil der heutigen kirchlichen Seelsorge erklärt. Miteinander Gedanken und Worte austauschen, ist sozusagen jetzt für uns alle, besonders für alle Christen, ein Gebot der Stunde geworden.“ Kominek war sich aber auch der Mechanismen der Tagespolitik bewußt, als er feststellte: „Freilich werden auf der einen und der anderen Seite noch gar viele bleiben, die jede Art von Dialog als Verrat empfinden oder doch wenigstens alle Schritte zu einer Annäherung mit Mißtrauen betrachten werden. (. . .) vielleicht gibt es auch solche, denen Polemik und Spannungen eine Lebensnotwendigkeit bedeuten.“²²

Die Botschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 wurde von Erzbischof Kominek verfaßt. Manche meinten auch, der Text sei zuerst in Breslau geschrieben und dann nach Rom gebracht worden; diese Meinung fand aber keine Bestätigung²³. Den Text der Botschaft schrieb Kominek in einem italienischen Kloster. Dann folgte die sprachliche Korrektur durch Walter Dirks, den Herausgeber der „Frankfurter Hefte“²⁴. Mitgearbeitet am Text hat auch der polnische Bischof Kazimierz Kowalski, dessen detaillierte Bemerkungen hier nicht näher betrachtet werden. Es lohnt sich aber auf die Zusammenarbeit beider Bischöfe hinzuweisen, die vielleicht ein Beispiel dafür sein könnte, daß Grenzgebiete auch eine Brücke zwischen Nationen sein können. Erzbischof Kominek wuchs zweisprachig auf, zu Hause sprach er polnisch, in der deutschen Schule deutsch. Er war Schlesier, der die deutsche und polnische Kultur gleichermaßen kannte. Auf einen ähnlichen Lebensweg trifft man bei Bischof Kowalski. Aus einem polnischen Elternhaus in Großpolen stammend, besuchte er das deutsche Gymnasium und wollte in Münster Theologie studieren. Nach 1914 wurde er jedoch in die deutsche Armee eingezogen, im Dezember 1918 kämpfte er aber schon auf der polnischen Seite im Aufstand in Posen.

Der Text der Botschaft wurde am 27. Oktober 1965 vermutlich an Kardinal Döpfner mit der Bitte um Kommentar und Ergänzungen geschickt:

„Ew. Exzellenz!

Fecimus, quod potuimus. Wir haben es nicht nur für das deutsche Volk geschrieben – auch für unser eigenes. Es sind wahrhaftig keine billigen Geschichtsfälschungen darin. – Es scheint uns eine große Chance zu sein – Chance einer Wende des bisherigen. Wir legen dieser Botschaft viel mehr Gewicht bei als den Briefen an andere Episkopate. Die Intention ist Annäherung auf christlicher Ebene. Weisen Sie, bitte, diese beiderseitige Chance nicht zurück.

Gott vergelt's! – Bitte gewünschte Änderungen am Rande bzw. im Text anführen. – Wenn möglich bis morgen – Donnerstag.“²⁵

Die eigentliche Botschaft begann nach der Einladung, „an den Kirchenfeiern des polnischen Milleniums teilzunehmen“. Daran anschließend machte Kominek Ausführ-

²² Ebenda.

²³ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2. 12. 1965, S. 6. Der damalige Sekretär Komineks Z. Seremak (Interview) streitet diese Information ab.

²⁴ Edith Heller, Dokument świętej naiwności, in: „Res Publica“ 1990/4, S. 53.

²⁵ Ud/sW 78/41. Im Original falsche Schreibweise „Werten Sie, (. . .).“

rungen, die „als historischer und zugleich auch sehr aktueller Kommentar unseres Millenniums dienen und vielleicht auch mit Hilfe Gottes unsere beiden Völker im gegenseitigen Dialog einander noch näher bringen“ sollten. Kominek gab einen Überblick über die deutsch-polnische Geschichte, die mehr einer Kirchengeschichte mit einem reichbestückten „Heiligenhimmel“ glich. Er sah in Polen von Anfang an eine Symbiose aus Christentum, Kirche und Staat, und er schätzte den deutschen Beitrag an der polnischen Geschichte: das Magdeburger Recht, die deutschen Kaufleute, Architekten, Künstler und Siedler. „Wir haben der abendländischen – auch der deutschen Kultur – wahrhaftig sehr viel zu verdanken.“ Ferner erinnerte er an die deutsche Abstammung der heiligen Hedwig (Jadwiga). Darüber und über andere, heute ganz selbstverständlich erscheinende Dinge sprach man damals in Polen nicht gern. Kominek sah auch keine ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen, die Beziehungen hätten sich aber „in den letzten Jahrhunderten in eine Art nachbarliche ‚Erbfeindschaft‘ verwandelt“, schrieb er unter Hinweis auf die Kreuzritter, „Albrecht von Preußen, Friedrich den Großen, Bismarck und schließlich Hitler als Endpunkt“. Außerdem befaßte sich die Botschaft mit dem Leid der Polen im Zweiten Weltkrieg, aber in einem ganz anderen Sinne als die offizielle Historiographie. Kominek betonte das Sicherheitsbedürfnis seiner Landsleute nach dem schrecklichen Krieg, einem für Polen verlorenen Krieg, der mit der Drohung verbunden gewesen war, „in den engen Korridor eines ‚Generalgouvernements‘“ eingeschränkt zu werden – ohne Ost- und Westgebiete. Dabei erwähnte er auch die Bedeutung der polnischen Westgrenze für Deutschland; er nannte sie „eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges – zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen“. Kominek präsentierte so eine ganz andere Geschichte Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen, als sie damals in den polnischen Büchern zu lesen war. Der bekannteste Satz der Botschaft ist der Schlußsatz: „In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hinüber in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Der am 18. November 1965 schließlich übersandte Text muß eine schon korrigierte Version der Botschaft sein, weil das deutsche Episkopat schon am 16. Oktober bei dem bekannten Kirchenhistoriker schlesischer Abstammung Hubert Jedina eine Expertise über den Text der Botschaft bestellt hatte²⁶. Das ist insofern interessant, weil Kominek den Text „aus sich selbst“ heraus, ohne Materialien geschrieben hatte; kleine Fehler waren ihm nicht so wichtig gewesen. Das deutsche Episkopat hingegen bestellte für die Antwort ein Gutachten eines Fachmannes – beide Seiten sprachen also auf ganz anderen Ebenen.

Am 18. November 1965 wurden die Botschaft und die Einladungen zur Millennium-Feier an 55 Episkopate verschickt. Besondere Einladungen erhielten Josef Frings (Köln), Döpfner (München) und Alfred Bengsch (Berlin). Dann mußte die polnische Seite auf die Antwort warten. Der Text der Antwort war – wie der Text der Botschaft

²⁶ Heller, Dokument, S. 62.

– Gegenstand von Konsultationen zwischen beiden Episkopaten, vielleicht auch der Gespräche Wyszyński–Döpfner. Nur die Bischöfe Spülbeck (Meißen) und Schaffran (Görlitz), also beide aus der DDR, waren zu Zugeständnissen bereit²⁷. Die Unbeugsamkeit Döpfners findet ihre Erklärung vielleicht in seiner späteren Bemerkung über die Gespräche mit Wyszyński vom 27. Mai 1971, die ein ähnliches Thema betrafen: „Er (Wyszyński) sah darin offensichtlich eine Pflichtübung, über die er möglicherweise [der polnischen Regierung] berichtete, da er von der damaligen Romreise kein greifbares Ergebnis nach Hause brachte.“²⁸ Ähnlich mochte Döpfner im Jahre 1965 gedacht haben. Das beweist aber, daß er die Persönlichkeit des Primas von Polen und vielleicht auch die politische Konstellation in Polen nicht richtig einzuschätzen vermochte.

Die deutsche Antwort erfolgte am Sonntag, dem 5. Dezember 1965. Sie trug die Unterschriften von 41 Bischöfen aus West- und Ostdeutschland. Die Bischöfe nahmen darin die Einladung nach Polen an und luden die polnischen Bischöfe für das Jahr 1968 nach Essen und Meißen (Tausendjahresfest) ein. Sie unterstrichen ihre Hoffnung auf eine Fortsetzung des Dialogs und die Vertiefung der Freundschaft zwischen beiden Völkern. Die Bischöfe hoben die christliche Gemeinsamkeit Europas hervor und betonten ferner, daß sie keinen Sinn in der gegenseitigen Aufrechnung der Schuld sähen. Die Frage des „Rechts auf Heimat“ blieb aber ungelöst; dieses Recht wurde von deutscher Seite nicht aufgegeben, es wurde aber anerkannt, daß in Polen „jetzt eine junge Generation heranwachse, die das Land, das ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet“. Das alte Dilemma der Vertriebenen, Verzicht auf Gewalt und Streben nach Revision der Grenzen, blieb also bestehen. Die polnische Westgrenze wurde in der Antwort nicht erwähnt. Die Bemerkung über die Notwendigkeit einer gerechten und beide Seiten zufriedenstellenden Lösung, die Gott der Zukunft überlassen habe, legte den Schluß nahe, daß die deutsche Kirche die Änderung des territorialen Status quo unterstützte.

Die Antwort des deutschen Episkopats war wie eine diplomatische Note abgefaßt. Sie „fiel so diplomatisch aus, daß sie von polnischen Kommunisten dazu benutzt werden konnte, sie den polnischen Bischöfen ironisch als Vorbild vorzuhalten“²⁹. Treffend bemerkte Edith Heller, daß das damalige Urteil Wyszyńskis über die Antwort: „positiv“ überhaupt nicht enthusiastisch klingt³⁰. Weniger konnte er in seiner Lage kaum sagen.

Aus diesen Gründen ist auch die geplante gemeinsame Besprechung der beiden Episkopate nicht zustande gekommen. Es wurde nur ein polnisches Kommuniké veröffentlicht, in dem die deutsche Antwort positiv aufgenommen und festgestellt wurde, daß Meinungsunterschiede zwischen beiden Seiten weiterbestehen würden. Um diese Unterschiede zu erklären, schickte das polnische Episkopat dem deutschen das Buch eines polnischen, im Ausland lebenden Historikers zu – Oskar Halecki: „Dzieje

²⁷ Ebenda, S. 61.

²⁸ Hansjakob Stehle, *Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971*, in: VfZ 31 (1983), S. 551.

²⁹ Ebenda, S. 540.

³⁰ Heller, *Dokument*, S. 61.

Kościola w Polsce“ (Die Geschichte der Kirche in Polen)³¹. Was die polnischen Bischöfe wirklich dachten, sagte Wyszyński später ganz offen: „Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. (. . .) Dies ist desto trauriger, als die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkommen.“³² Mit diesen Worten stellte Wyszyński fest, daß die Initiative fehlgeschlagen war. Wo sah er die Gründe dafür?

Nach den Ausführungen Wyszyńskis berücksichtigte das deutsche Episkopat nicht in genügendem Maße, daß „unsere [die polnische] GRENZFRAGE auch eine KIRCHENFRAGE“ ist³³. Für Wyszyński war die Frage des Katholizismus in Polen zugleich auch die Frage des am weitesten im Osten liegenden katholischen Staates, und er fühlte sich von den deutschen Geistlichen in dieser Hinsicht nicht verstanden. Er betrachtete es deshalb auch als notwendig zu wiederholen: „Die GRENZFRAGE ist für sie [die Polen] eine LEBENSFRAGE geworden . . .“³⁴ Darin stimmte er ganz mit Gomulka überein, der den „Herzogtum Warschau-Komplex“ hatte. Aber nicht nur hier herrschte Übereinstimmung, wie Wyszyński Ende 1970 in Erinnerung an die territorialen Verluste Polens im Osten und angesichts der beginnenden deutsch-sowjetischen Annäherung schrieb: „Darum fürchtet man so sehr, besonders in den Westgebieten, daß auch dieser neue Moskauertrag Unglück bringen kann.“³⁵ Der „Rapallo-Komplex“, die Angst vor einer deutsch-russischen Verständigung, bei welcher Polen entbehrlich würde, spielte auch bei Gomulka eine sehr wichtige Rolle³⁶. Übereinstimmung bestand auch in der Frage der immer noch provisorischen kirchlichen Organisation in den polnischen Westgebieten. Nicht nur Gomulka verlangte hier eine Änderung der Einstellung des Vatikans, auch Wyszyński schrieb 1970 mit Erbitterung: „Gerade heute hat man mir gesagt, daß der heilige Stuhl durch den Widerstand des deutschen Episkopats so gelähmt ist, daß er die dringendsten Probleme der westlichen Diözesen nicht lösen kann.“³⁷

Es zeigte sich, daß das Manövrierfeld in der Außenpolitik in mancher Hinsicht sehr begrenzt war, und zwar ganz gleich, ob entsprechende Initiativen von der kommunistischen Partei oder von der Kirche kamen. Es war deutlich, daß unter den gegebenen Umständen die polnische Kirche von der deutschen Seite ebensowenig erreichen konnte wie die polnischen staatlichen Behörden.

³¹ Kazania, Bd. 22, „Sprawy gorące“ Kościoła Milenijnego w Polsce, Gniezno, 3. 2. 1966, S. 263 f.

³² Stehle, Briefwechsel, S. 546.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda, S. 547.

³⁶ Interviews mit Andrzej Werblan, Stanisław Trepczyński und Bohdan Lewandowski.

³⁷ Stehle, Briefwechsel, S. 547.

Die Reaktion in Polen

Wie erfuhren die staatlichen Behörden Polens von der Botschaft der Kirche? Das staatliche Kirchenamt wußte zunächst nichts davon; die diesbezüglichen Materialien, die sich dort befinden, trafen erst ein paar Monate später ein³⁸. Eine ähnliche Situation herrschte im Innenministerium, im Departement IV, das mit Kirchenfragen befaßt war. Der zuständige Vizeminister, Franciszek Szlachcic, meinte, daß das Ministerium des Innern keinen genauen Einblick in Belange des Episkopats hatte und es schwer gewesen sei, glaubhafte Informationen zu gewinnen³⁹. Es gilt heute als sicher, daß es in der Absicht der Kirche lag, den polnischen Behörden den Text der Botschaft frühzeitig zur Kenntnis zu bringen. Der Sekretär Kominek, Pfarrer Zygmunt Seremak, übermittelte deshalb den Text der Botschaft dem polnischen Pressekorrespondenten Ignacy Krasicki⁴⁰. Seremak las Krasicki später auch den vorbereiteten Text der Antwort der deutschen Bischöfe vor. In diesem Fall unterließ er es jedoch – vielleicht weil es kein eigener Text war –, seinem Gesprächspartner ein Exemplar des Textes zu übergeben⁴¹. Bis zu diesem Punkt ist der Sachverhalt klar, was später geschah – nicht. Es wurde vermutet, daß Krasicki den Text als „aus eigenen Informationsquellen“ stammend übergab⁴², ohne darauf hinzuweisen, daß es sich um eine vertrauliche Erkundigung Komineks handelte. Krasicki selbst bestreitet das und behauptet, daß er Kominek „nach seinem besten Wissen“⁴³ über die positive Einstellung der Behörden informiert habe. Das kann stimmen, weil die Meinungen der Behörden durchaus nicht eindeutig waren. Stehle hingegen behauptete, „daß die Gomulkaführung bereits einen Schlag gegen die kirchliche ‚Einmischung‘ in ihre Deutschlandpolitik vorbereitete“⁴⁴, was aber eine bloße Vermutung bleibt.

Die Verwendung eines so unsicheren Informationskanals, wie ein Pressekorrespondent es war, sollte nicht überraschen. Das gehörte zum damaligen System. Die polnischen Bischöfe in Rom unterhielten keine offiziellen Kontakte zu den polnischen Behörden, weswegen Pressekorrespondenten als Vermittler dienten. Wenn ein Bischof den Behörden eine Botschaft überbringen wollte, sprach er mit dem Pressekorrespondenten, der schon wußte, daß wichtigere Äußerungen nicht nur für ihn selbst bestimmt waren. Der Bischof konnte sicher sein, daß sein Anliegen via polnische Botschaft in Rom meistens noch am gleichen Tag Warschau erreichte⁴⁵.

Es war erstaunlich: Obwohl es sich um eine bedeutende Botschaft des polnischen Episkopats handelte, schwiegen die polnischen Massenmedien. Die staatlichen Behör-

³⁸ Interview mit dem langjährigen Vizedirektor im Kirchenamt A. Merker.

³⁹ Nicht autorisiertes Interview mit dem damaligen Vizeminister im Innenministerium F. Szlachcic.

⁴⁰ Interview mit Z. Seremak. Vgl. dazu auch Hansjakob Stehle, *Die Ostpolitik des Vatikans*, München 1975, S. 378.

⁴¹ Interview mit Z. Seremak.

⁴² In Polen wiederholte diese These Stehles Andrzej Micewski, *Współzadzié czy nie kłamać? PAX i ZNAK w Polsce 1945–1976*, Paris 1978, S. 119 f.

⁴³ Heller, *Dokument*, S. 61.

⁴⁴ Stehle, *Seit 1960*, S. 160.

⁴⁵ Interviews mit Z. Seremak.

den warteten unzweifelhaft auf die deutsche Antwort; jedoch verhielt eine solche Zurückhaltung nichts Gutes. Es ist unmöglich festzustellen, was in dieser Zeit in der PVAP geschah und ob Zenon Kliszko, der vertrauteste Mitarbeiter Gomulkas, die Botschaft wirklich so verstand wie Kominek, nämlich als in der Kontinuität der früheren Politik der Kirche stehend, die ihren Ausdruck auch in den Breslauer Veranstaltungen gefunden hatte⁴⁶. Zu hören war auch, daß die späteren Angriffe gegen die Botschaft auf die Intervention Moskaus zurückgingen. Diese Vermutung stützte sich unter anderem auf die Tatsache, daß Kliszko am 10. Dezember 1965 (als die Kritik einsetzte) aus Moskau zurückkehrte⁴⁷. Otto B. Roegele formulierte das 1966 vorsichtiger, als er über die Suche der polnischen Seite nach Unterstützung in Moskau und über die Schwierigkeiten, eine Übereinstimmung zu erreichen, schrieb⁴⁸. Eine solche Version ist wahrscheinlich, Druck aus Moskau war aber wohl nicht die Ursache der Kritik, weil die Position Gomulkas damals sehr stark war und er einem Druck nicht hätte nachgeben müssen.

Gomulka selbst hielt die Botschaft für verfrüht. Der polnische Diplomat Józef Winiewicz erinnerte sich in diesem Zusammenhang an die Gespräche zwischen Gomulka und dem polnischen Außenminister Adam Rapacki, die er 1966 in New York hörte. „Rapacki schlug (. . .) mehr Aktivität hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen zur BRD vor. (. . .) Gomulka (. . .) stellte fest, daß es noch zu früh ist. Er schickte Rapacki zum Politbüro.“⁴⁹ Die Anhänger solcher Aktivitäten waren – soweit man das heute feststellen kann – Rapacki, was aber nicht das Außenministerium bedeutete⁵⁰, Zenon Kliszko und Premier Józef Cyrankiewicz⁵¹. Gegner waren die Gruppen um Mieczysław Moczar („Partisanen“) und ZK-Sekretär Ryszard Strzelecki, der allem Anschein nach die Unterstützung eines großen Teils des Parteiapparates besaß.

Welche sachlichen Unterschiede bestanden zwischen Rapacki und Gomulka? Gomulka sorgte sich vor allen Dingen um die ungünstige geopolitische Lage Polens,

⁴⁶ „W dniu 6 grudnia 1965r. ok. godz. 12.40. w czasie chwilowej nieobecności w biurze Tow. Dyr. Skarżyńskiego, odebrałem telefon od znanego dziennikarza zachodnioniemieckiego Hansa Jakoba Stehlego. (. . .) Zapytał, jakie jest stanowisko Urzędu wobec listu biskupów polskich do biskupów niemieckich. Po zadaniu tego pytania wszedł Tow. Dyr. Skarżyński. Po szybkiej konsultacji z Tow. Dyrektorem odpowiedziałem Stehlemu, że nie ma oficjalnego stanowiska Urzędu, ale nieoficjalnie mogę powiedzieć, że uważamy ten list za przedłużenie linii zajętej przez biskupów polskich w czasie uroczystości we Wrocławiu. (. . .)“; in: Ud/sW 78/36, S. 634, Notiz. Merker meint, daß Skarżyński eine so wichtige Erklärung nicht ohne vorherige Konsultation formulieren würde. Das erklärt auch, warum die Antwort Merkers für Stehle zögernd gegeben wurde; vgl. Stehle, Seite 1960, S. 161.

⁴⁷ Das hebt besonders hervor Erwin Weit, Ostblock intern, Hamburg 1970, S. 84. Dieses Buch ist aber nicht glaubwürdig.

⁴⁸ Versöhnung oder Haß? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen. Eine Dokumentation mit einer Einführung von Otto B. Roegele, Osnabrück 1966, S. 11, 13.

⁴⁹ Józef Winiewicz, Co pamiętam z długiej drogi życia, Posen 1985, S. 637.

⁵⁰ Interviews mit B. Lewandowski und S. Trepczyński.

⁵¹ Die Meinungen über ihn gehen sehr stark auseinander. Nach S. Trepczyński (und mit ihm eine weitverbreitete Meinung) befaßte er sich nicht mit der Außenpolitik und zog sich meistens zurück. Dem Sekretär Gomulkas, Walery Namiołkiewicz, zufolge war er der vertrauteste Partner Gomulkas (Interview).

da er weder den Westmächten noch der Sowjetunion vertraute. Diese Befürchtung war durch die Information über einen geplanten Besuch Chruschtschows in Westdeutschland im Jahre 1964 geweckt worden⁵². Für den ersten Sekretär war der eindeutige Verzicht Bonns auf die polnischen Westgebiete (die ehemaligen deutschen Ostgebiete) von entscheidender Bedeutung. Rapacki hingegen meinte, daß sich die polnische Politik nicht auf die Anerkennung der Grenze versteifen sollte; sie sollte nach Wegen für den Ausbau der gegenseitigen Kontakte und Beziehungen suchen, um so die alten Feindschaften und Antagonismen abzubauen⁵³.

Das soll aber nicht heißen, daß solche Meinungsverschiedenheiten eine überwältigende Rolle gespielt hätten. Sie konnten – bei der Sondierung Krasickis hinsichtlich der Reaktion der Behörden – zu Mißverständnissen führen, wie es wohl tatsächlich geschehen ist. Sie konnten aber wohl kaum die Entscheidung über die Haltung, die es gegenüber der Botschaft einzunehmen galt, um ein paar Tage verschieben, denn erstens waren Cyrankiewicz und Rapacki enge Mitarbeiter Gomulkas, und zweitens war die Position Gomulkas damals unangreifbar; sein Wort entschied eindeutig die Richtung der Politik. Deswegen wird man feststellen können, daß die von der Botschaft überraschten staatlichen Behörden auf die deutsche Antwort vom 7. Dezember warteten, ehe sie reagierten. Weshalb sie bis zum 10. Dezember warteten, läßt sich nicht klären.

Worauf stützte sich, außer auf Gomulkas Überzeugung, daß die Botschaft zu früh kam, die Entscheidung der Partei, die Botschaft heftig zu kritisieren? Diese Ereignisse lassen sich natürlich nicht von den grundsätzlichen Divergenzen zwischen Staat und Kirche trennen. Hier liegt wohl der wirkliche Grund für das große Engagement, das viele Parteimitglieder in dieser Sache zeigten. Bis dahin waren die Möglichkeiten des Staates, gegen die Kirche anzugehen, begrenzt gewesen, weil – wie Micewski richtig urteilt – eine zu weitgehende Konfrontation die Behörden in eine ähnlich mißliche Lage gebracht hätte wie die der Bierutsequipe⁵⁴. Die Botschaft lieferte so einen Vorwand, der geeignet war, auch die Unterstützung der Gesellschaft für eine Aktion gegen die Kirche zu gewinnen.

In der Botschaft fanden sich, meinten die Behörden, Elemente der ideologischen Konfrontation. Wyszynski, so warf man ihm vor, wollte Polen mit dem Westen verbinden⁵⁵. Der Primas hatte tatsächlich häufig über Polen als „Bollwerk des Christentums“ gesprochen, was nicht nur dem bekannten polnischen Emigrationsjournalisten Juliusz Mieroszewski (er publizierte in der Pariser „Kultura“) mißfiel. Dieser hielt Begriffe wie „Bollwerk des Christentums“ für verfehlt, weil damit die Erfahrungen der zurückliegenden fünfzig Jahre mißachtet würden⁵⁶. Wyszynski, immerhin die größte moralische Autorität Polens, unterstützte, wenn er über „Bollwerk des Christentums“ sprach, eine

⁵² Interview mit B. Lewandowski.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Micewski, *Kardynał*, S. 184.

⁵⁵ Romuald Spasowski, *Abschied von Warschau*, Darmstadt 1987, S. 374; Micewski, *Kardynał*, S. 26.

⁵⁶ Vgl. Einführung Juliusz Mieroszewskis, in: *Dialog polsko-niemiecki w świetle dokumentów kościelnych*, Paris 1969.

bestimmte politische Weltanschauung, mit der nicht nur die Kommunisten nicht einverstanden waren.

Hinzu kam, daß zum politischen System Polens nur schlecht die Vorstellung der Kirche paßte, eine Verständigung von unten zu erreichen⁵⁷, weil diese beabsichtigte Öffnung des Staates und der Gesellschaft nicht mit dem autoritären System in Einklang stand. Bei einer solchen Öffnung, einer Wandlung der Denkschemen, hätte man intensiv über Themen diskutieren müssen, die damals tabu waren: Westgebiete – Ostgebiete, Aussiedlung der Deutschen, Jahta-System und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, Erfolg oder Niederlage, wie es in der Botschaft stand. Schließlich war die Botschaft in den Augen der polnischen Behörden „willkürlich“ zustande gekommen. Der Staat und die Partei besaßen – ihrer Auffassung nach – das Monopol in der Außenpolitik. Die Kirche verstieß dagegen, indem sie versuchte, eine eigene Linie zu finden. Das war der erste Schritt, das Monopol der Partei zu brechen – ohne daß damit aber gesagt wäre, das polnische Episkopat habe bewußt und zielstrebig so gehandelt.

Die offizielle Kritik an der Botschaft drehte sich um den Vorwurf, die Kirche erhöhe die deutsche Bedrohung und untergrabe die Einheit der polnischen Gesellschaft im Widerstand gegen den deutschen Revisionismus. Solcher Kritik wurde von deutscher Seite zum Teil tatsächlich Vorschub geleistet. Die deutsche Gesellschaft, die Regierungsparteien in Bonn und auch die Kirche wußten sehr lange nicht, wie sie die alten Ressentiments und Traditionen überwinden sollten. Das blieb in Polen nicht un bemerkt, wenn man auch keinen guten Einblick in die deutschen Verhältnisse hatte. Als besonders krasses Beispiel dafür kann die Frage der Presse herangezogen werden. In Polen, wo eine präventive Zensur bestand, hatte das geschriebene Wort eine ganz andere Bedeutung als in der Bundesrepublik. Zitate aus der „Deutschen National-Zeitung“ erhielten in einem Staat, in dem jeder neue Begriff in den Zeitungen meistens eine bestimmte politische Bedeutung hatte, einen ganz anderen und viel gewichtigeren politischen Stellenwert, als ihnen tatsächlich zukam.

Die Botschaft der Bischöfe traf freilich auch bei einem beträchtlichen Teil der polnischen Gesellschaft auf Unverständnis. Insbesondere das Wort „vergeben“ berührte die Menschen tief: „Wir haben nichts verstanden und wir bedauerten, daß wir so überrascht wurden.“⁵⁸ Diesen Satz schrieb eine Person, die in der Kirche sehr aktiv war und Kontakt zu Bischof Karol Wojtyła hatte. Viele einfache Menschen auf dem Land und in den kleinen Städten waren der Meinung, daß die Initiative zur Aussöhnung von deutscher Seite hätte ausgehen sollen, sie sollte um Vergebung bitten, und die polnische Kirche hätte darauf durchaus christlich antworten können – aber nicht umgekehrt. Es ging auch das Gerücht um, die Botschaft sei unter dem Einfluß des Vatikans entstanden, der so die deutschen Katholiken gewinnen wollte, während die polnischen sowie so treu bleiben würden. Zuverlässige Unterlagen, die die Einstellung der Bevölkerung zur Botschaft betreffen⁵⁹, gibt es aber nicht. Die diesbezügliche Empfindlichkeit der

⁵⁷ Wolicki, *Przeciw lamentowi*, S. 49.

⁵⁸ J. Hennelowa, *Polsko-niemieckie kładki*, in „Tygodnik Powszechny“, Nr. 40(2154) vom 7. 10. 1990.

⁵⁹ Angeblich wurden Ende 1965 und im Januar 1966 zwei solche Umfragen gemacht. In der Institution,

Polen, die in ihrer Mehrheit seit 1945 an das Schlagwort vom tausendjährigen deutsch-polnischen Kampf glaubten⁶⁰, geht aber aus einigen anderen Umfragen hervor, die verwandte Themen betrafen. Als Beispiel kann hier eine gleichzeitig in Polen, Norwegen und Frankreich gemachte Umfrage dienen⁶¹:

1. Was ist die größte Bedrohung für die Menschheit?

	Polen	Frankreich	Norwegen
Atomkrieg, Atomwaffen	51	63	59
Weltkrieg	43	27	13
Militarisierung der BRD	12	–	–
Konflikt der Nationen	7	–	–
Kapitalismus	1	6	3

2. Was ist das wichtigste Weltereignis?

	Polen	Frankreich	Norwegen
Verzicht auf die Verfolgung der Naziverbrecher	13	–	–
Vatikanisches Konzil	4	7	–
Rüstung in der BRD	3	–	–

Die Schwierigkeiten, auf welche die Idee der Botschaft stieß, spiegelte sich auch in Äußerungen Wyszynskis. Seiner Ansicht nach teilten einige junge Priester die Auffassung, die Botschaft sei ein Fehler gewesen⁶². Im Hinblick auf die Reaktion vieler Menschen sprach der Primas von der Paganisierung und der „schwierigsten Prüfung“⁶³. Die Reaktion der Bevölkerung war für Kominek ein Schock⁶⁴.

Die Kritik-Offensive des Staates lief in großem Maße bis Mitte Januar 1966. In den Massenmedien sprach man über Verrat und den Verzicht der Bischöfe auf die polnischen Westgebiete. Wer den Ton der Propaganda bestimmte, muß im dunkeln bleiben – Gomulka wohl nicht, wie er in einer Rede vom 14. Januar 1966 behauptete. Die staatliche Kritik war zu dieser Zeit schon weit über das ursprüngliche Ziel hinausgeschossen. Viele betrachteten die Vorwürfe gegen die Kirche als reine Propaganda. Deswegen wurde die Richtung der Politik wohl auch geändert. Man konzentrierte sich jetzt auf die öffentlich nicht so bekannten Gespräche der Militäroffiziere mit den Priestern⁶⁵. Der Staat verzichtete jedoch nicht auf die Konfrontation. Bei Tausendjahrfeiern konkurrierten die Reden der Bischöfe mit Reden von Politikern: in Posen mit der Rede Gomulkas und in Gnesen mit der Rede von Verteidigungsminister Marian Spychalski.

die sich damit beschäftigte (Ośrodek Badania Opinii Publicznej i Studiów Programowych – Polskie Radio), ist aber keine Spur davon zu finden.

⁶⁰ Vgl. Włodzimierz Borodziej, *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby*, London 1990, S. 256–272.

⁶¹ A. Siciński, *Opinia publiczna a rozbrojenie*, Warschau 1966, OP.srodek Badania Opinii Publicznej i Studiów Programowych.

⁶² *Kazania*, Bd. 22, S. 272, Anm. 32.

⁶³ Ebenda, S. 284–293, *Materiał duszpasterski z 10. 2. 1966. Konferencja Episkopatu*.

⁶⁴ Interview mit Z. Seremak.

⁶⁵ Materialien darüber befinden sich im Archiv des Kirchenamtes, B. 78/39.

Hinzu kam, daß weder der Papst noch die Vertreter der eingeladenen ausländischen Episkopate Einreisevisen bekamen.

Die Bedeutung der Botschaft

Der Streit um die Bedeutung der Botschaft wird sich vermutlich noch lange hinziehen. Es ist jedoch klar, daß die Botschaft nicht nur religiösen und moralischen, sondern auch politischen Sinn hatte. Das stellte Wyszyński selbst in seiner – bereits erwähnten – Korrespondenz mit Döpfner aus den Jahren 1970/71 fest. Er schrieb dort über den Sinn des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses und auch darüber, daß die Kirche aktiv daran teilnehmen sollte. Diese Tatsache versuchten die polnischen Behörden auszuspielen, als sie eine Broschüre (die jedoch keine weite Verbreitung fand) mit den Texten der von Stehle veröffentlichten Briefe publizierten⁶⁶. Freilich ist einzuräumen, daß die Kirche selbst sich zeitweise nicht allzu häufig auf die Botschaft berief. Das änderte sich aber schnell, als die Zeiten günstiger wurden, nun bezeichnete man die Botschaft als ersten entscheidenden Schritt zu einer deutsch-polnischen Annäherung. Der Text der Botschaft wurde aber erst im Herbst 1990 im „Tygodnik Powszechny“ wieder publiziert⁶⁷. Früher, vor dem Treffen Kohl-Mazowiecki, war niemand auf eine solche Idee gekommen.

Der bekannte polnische Publizist Stefan Kisielewski beurteilte die Bedeutung der Botschaft für den polnischen Staat als sehr hoch. Er sah darin einen Versuch, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in welche die deutsch-polnischen Kontakte geraten waren⁶⁸, und betonte, daß die polnische Diplomatie sehr schnell den Ton der Botschaft übernommen habe. Er übersieht dabei jedoch, daß auch in der Bundesrepublik ein Wandel eingetreten war, nämlich daß sich dort die Regierung geändert hatte, was einen Vergleich eigentlich kaum fruchtbar macht.

Kominek urteilte über die Bedeutung der Botschaft: „Die Bemühungen des Episkopats waren auf die Schaffung fester, moralisch-psychologischer Grundlagen für die politisch-rechtlichen Tatsachen gerichtet. Die Bischöfe haben geholfen, das Klima und die Weltöffentlichkeit vorzubereiten.“⁶⁹ Dieses Zitat aus dem Jahre 1977 beinhaltet gewiß die Hauptidee, die der Botschaft zugrunde lag, wenn auch angesichts der Normalisierung in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in sehr entschärfter Form. Ursprünglich hatte Kominek das Millennium Polens auch als eine Möglichkeit des Umdenkens, der Überwindung der Stereotypen betrachtet⁷⁰. Die Botschaft sollte der Überwindung der psychologischen Barrieren dienen.

⁶⁶ Stanisław Markiewicz, Na manowcach „pojednania“ biskupów polskich z biskupami zachodniemieckimi, Zeszyty dokumentacji politycznej. Wydział informacji KC PZPR, Warschau 1984.

⁶⁷ „Tygodnik Powszechny“, Nr. 40 (2154) vom 7. 10. 1990.

⁶⁸ Stefan Kisielewski, Stosunki Państwo-Kościół PRL, Warschau 1981, S. 15.

⁶⁹ Bolesław Kominek, W służbie Ziemi Zachodniej, Breslau 1977, S. 300. Auch Stehle, Seit 1960, S. 155, schreibt über die entscheidende Bedeutung des katholischen Dialogs für die Verständigung.

⁷⁰ Kominek, Chrześcijańskie, S. 75, 84.

Dabei ist sicher auch das politische Element nicht zu vergessen, denn zweifellos hatte die Überwindung der nationalen Stereotypen und Vorurteile – besonders in der damaligen Situation Polens, wo die Beziehungen zu Deutschland eine wichtige Rolle in der Innenpolitik spielten – eine ebenso große politische wie moralische Bedeutung. Die Botschaft hatte an sich einen religiösen Hintergrund; in jedem Staat mußte sie aber darüber hinaus ins Politische weisen. In Polen – wo die Partei ein Monopol auf die Außenpolitik hatte und diese Politik nicht selbständig von Warschau bestimmt wurde – erlangte die politische Dimension eine außerordentliche Bedeutung. Wyszyńskis betonter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Kirche am deutsch-polnischen Dialog⁷¹ hatte de facto politischen Charakter. Auch hinsichtlich des geplanten Papstbesuches in Polen, auf den die polnische Kirche so große Hoffnungen setzte, ist die Grenze zwischen Politik und Religion nur sehr schwer zu bestimmen. Rein hypothetisch ist aber die Überlegung, daß Wyszyński die Initiative eher politisch und Kominiek sie eher idealistisch auffaßte.

Irrig ist die Meinung, die in einer der ersten Publikationen über dieses Thema vertreten wurde⁷², daß der polnische Episkopat die Botschaft als Ausdruck des Lebens- und Widerstandswillens der polnischen Kirche betrachtete: als Protest gegen den Kommunismus. Natürlich beweist alles, was die Kirche stärkt, deren Lebens- und Widerstandswillen. Das ist banal, und das Wichtigste gerät dabei leicht außer Betracht. Der Grundgedanke war, die Kirche zu stärken, nicht aber durch eine „Demonstration“ mit Stoßrichtung gegen den Staat, sondern durch ihre Einschaltung in die Lösung der wichtigsten Probleme des Lebens. Unreflektierten und rein propagandistischen Charakter hatten die Behauptungen, die Botschaft habe negative Folgen gezeitigt. Politisch ist sie ohne Zweifel fehlgeschlagen, erfolglos geblieben – *erfolglos* bedeutet aber nicht „mit negativen Folgen“. In moralischer Hinsicht gewann Polen Kredit, da es sich zur Verständigung bereit zeigte und den Frieden suchte. Diese Art von Gewinn hat in der Politik, zugegeben, nur eine sehr begrenzte Bedeutung, doch ist er in keinem Fall von Nachteil. Der Vorwurf, die Kirche habe die Einheit der polnischen Gesellschaft und des Staats gegenüber Deutschland untergraben, ist nicht ernst zu nehmen; erstens, weil dieser Vorwurf auf einer ideologisch gefärbten und deshalb äußerst einseitigen Interpretation des Begriffs der Stärke des Staates basiert, und zweitens, weil die polnischen Behörden selbst die Meinungsverschiedenheit publik machten. Ohne den frontalen Angriff auf die Bischöfe hätte die Öffentlichkeit an diesen Dingen wohl kaum so großen Anteil genommen.

Das führt zu dem Schluß, daß es wohl doch nicht angängig ist, die Behauptung, die Botschaft habe negative Folgen gezeitigt, als *rein propagandistisch* zu bezeichnen. In Wirklichkeit hatte dieses Denkschema wohl maßgebenden Einfluß auf die Entscheidung der führenden Figuren im Polen Władysław Gomułkas. Ein Indiz dafür kann Gomułkas späteres Urteil über die Ereignisse vom Dezember 1970 sein, die zu seinem Sturz führten. Der Ausgangspunkt ist scheinbar ganz anders, die Argumentation aber

⁷¹ Stehle, Briefwechsel, S. 546.

⁷² Versöhnung oder Haß?, S. 13.

sehr ähnlich: Die Dezemberereignisse, so meinte er, haben die internationale Position Polens geschwächt, die Gegner Polens jedoch, also die Revisions- und Revanchekräfte, die sich mit der polnischen Westgrenze nicht abgefunden haben und hoffen, daß die Geschichte ihnen doch noch eine Chance bietet, nach den polnischen Westgebieten zu greifen, gestärkt⁷³. Diese Äußerung muß nicht eingehend analysiert werden. Es reicht festzustellen, daß Gomułka den Protest gegen die staatlichen Behörden mit der Unterstützung der revisionistischen Kräfte in Deutschland gleichsetzte. Dieses Denkschema ist bekannt: Alles, was die Partei schwächt, schwächt Polen gegenüber Deutschland. Hier liegt die Wurzel des Urteils, die Botschaft der polnischen Bischöfe habe negative Folgen gezeitigt. Spuren dieses Denkens finden wir noch in dem im Jahre 1985 veröffentlichten Buch über Gomułka, das Mieczysław Tomala verfaßte⁷⁴.

In Wirklichkeit hätte die Regierung die Gelegenheit, die die Botschaft der polnischen Bischöfe schuf, besser nutzen können. Nach den erfolglosen Versuchen nach der Machtübernahme der kommunistischen Partei, Kontakte mit Deutschland anzuknüpfen, geriet die polnische Politik in eine Sackgasse. Ein weiterer erfolgloser Versuch hätte die polnische Seite in arge Verlegenheit gebracht. Diese Gefahr nahm die Kirche auf sich, obwohl das nicht ihr Ziel war. Nun aber, da ganz Europa sich über Frieden, Vergebung und Aussöhnung begeisterte, in dieser Aufbruchstimmung, bot sich die Möglichkeit, eigene Konzeptionen zu entwickeln und das „Klima“ für ihre Umsetzung zu nützen. Dieses Ziel konnte man etwa durch Besuche von Vertretern ausländischer Episkopate während der Tausendjahrfeiern in Polen erreichen. Dabei wäre für Polen nur eines abträglich gewesen, wenn nämlich keiner der eingeladenen hochkarätigen Bischöfe die Westgebiete (aber auch die Konzentrationslager) hätte besuchen wollen. Das war aber sehr unwahrscheinlich.

Die polnische Regierung war darüber hinaus aber auch „zu Hause“ in Schwierigkeiten geraten, im Kampf des Staates gegen die Kirche. Unbestreitbar ist, daß Gomułka die Botschaft der polnischen Bischöfe für einen Fehler hielt und sie entsprechend angriff. Das ist in Rechnung zu stellen, und in dieser Hinsicht sind die verschiedenen außenpolitischen Konzeptionen zu betrachten. Dabei haben aber zum großen Teil die innenpolitischen Fragen eine angemessene Gestaltung der Außenpolitik verhindert, da eine „offenere“ Außenpolitik nur schwer mit dem Kampf gegen die Kirche (mit dem Ziel, den Einfluß der Kirche möglichst zu begrenzen) zu verbinden gewesen wäre. Dieses Dilemma spitzte sich angesichts der Tausendjahrfeiern im Jahre 1966 zu – durch die staatlichen Versuche, den Primas von Polen zu kompromittieren, und durch die Angst, der geplante Besuch des Papstes könne die Autorität der Kirche stärken.

Dazu kam noch das zweite Element der Innenpolitik – der Machtkampf im Regierungslager. Diese Frage ist sehr schwer zu klären. Festzustehen scheint aber, daß verschiedene Gruppen versuchten, die Botschaft im eigenen Interesse zu instrumentalisie-

⁷³ Memoriał Władysława Gomułki do członków KC PZPR, marzec 1971, „Nowe Drogi“ 1989, Nr. 4, S. 137.

⁷⁴ Mieczysław Tomala, Problem niemiecki w spuściźnie Władysława Gomułki, in: Działalność Władysława Gomułki, Warschau 1985, S. 106–120.

ren. Darauf weisen die Ungereimtheiten bei der Übermittlung des Textes an die staatlichen Behörden und bei den Gesprächen der Militär-Offiziere mit den Geistlichen im Frühling 1966 hin, auf die hier nicht näher eingegangen werden konnte. Zusammenfassend läßt sich aber sagen, daß die überaus negative staatliche Reaktion auf die Botschaft der polnischen Bischöfe durch außenpolitische wie auch durch innenpolitische Faktoren bestimmt wurde.